

**Kraushaar | 1968. 100 Seiten**

## \* Reclam 100 Seiten \*



WOLFGANG KRAUSHAAR, geb. 1948, studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik. Seit 2015 forscht er an der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Arbeitsschwerpunkt ist die Untersuchung von Protest und Widerstand in der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR.

Wolfgang Kraushaar  
1968. 100 Seiten

Reclam

2018 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Umschlaggestaltung: zero-media.net  
Umschlagabbildung: FinePic®  
Infografiken (S. 38 f., 64 f.): Infographics Group GmbH  
Bildnachweis: S. 5 © Erika Sulzer-Kleinemeier; S. 22 akg-images /  
Brigitte Hellgoth; S. 33 akg-images / AP; S. 47 Rue des Archives /  
AGIP / Süddeutsche Zeitung Photo; S. 59 Archiv des Hamburger  
Instituts für Sozialforschung; S. 69 imago / United Archives  
International; S. 84 © Der Spiegel, Hamburg; S. 95 ullstein bild /  
Peter Schommertz; Autorenfoto: Sacha Hartgers  
Druck und Bindung: Canon Deutschland Business Services GmbH,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Printed in Germany 2018  
RECLAM ist eine eingetragene Marke  
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart  
ISBN 978-3-15-020452-8

Auch als E-Book erhältlich

[www.reclam.de](http://www.reclam.de)

Für mehr Informationen zur 100-Seiten-Reihe:  
[www.reclam.de/100Seiten](http://www.reclam.de/100Seiten)

## Inhalt

- 1 Meine Doppelrolle
- 9 Was seitdem alles geschehen ist: ein halbes  
Jahrhundert im Zeitraffer
- 16 Eine Protestbewegung wie keine andere
- 21 Die Frage nach einer angemessenen  
Bezeichnung
- 29 Eine Gesellschaft wird grundlegend in  
Frage gestellt
- 37 Reformen und Revoluzzer
- 43 Außenseiter als Wortführer
- 50 Der Sound der Revolte
- 56 Die Revolte der Frauen
- 62 Die globale Dimension
- 75 Ein politisches Fazit
- 89 Die Ereignisbewacher, die Grabredner und  
die Verstorbenen

Im Anhang Lektüretipps

*Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 mal so lernen wie wir das Jahr 1848.*

Die jüdische Philosophin Hannah Arendt im Juni 1968 in einem Brief an ihren Freund und Lehrer Karl Jaspers



## Meine Doppelrolle

2018 liegt das Jahr 1968 für uns genauso weit zurück wie für die 68er das Jahr 1918. Der Vergleich zwischen diesen beiden fünf Jahrzehnte umfassenden Zeitspannen macht klar, wie unterschiedlich die Jahrhunderthälften jeweils gewesen sind. Zwischen 1918 und 1968 lagen das Ende des als »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« bezeichneten Ersten Weltkriegs, die krisengeschüttelte Weimarer Republik, die furchterregende Zeit der NS-Herrschaft mit dem Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust und dem Neubeginn nach 1945 mit dem nochmaligen Versuch einer Demokratie. Was immer man auch für die 50 Jahre nach 1968 in die Waagschale werfen will – kaum etwas kann mit den Schwergewichten der Zeit zuvor mithalten. Dennoch ist es höchst angebracht, auch nach diesen historischen Besonderheiten zu fragen, ihren Konflikten, Aufbrüchen und Umwälzungen. Um sich eines solchen Abstandes zwischen 1968 und 2018 zu vergewissern und danach zu fragen, was in dieser vergleichsweise stabilen Ära geschehen ist, bedarf es ebenfalls der Entschiedenheit zu einem großen zeithistorischen Bogen-schlag. Etwas anderes kommt allerdings noch hinzu:

Beim Thema »1968« wird, wie bei jedem anderen historischen Kapitel auch, die Frage nach der Erzählerrolle und ihrer

jeweiligen Angemessenheit aufgeworfen. Geschichte schreiben heißt, ungeachtet aller gängigen Kritik an der bloß narrativ ausgerichteten Optik klassischer Historiker, vor allem *erzählen*. Insofern besteht die vorentscheidende Frage darin, welche Rolle ein Autor als Erzähler einnimmt und welche Qualität ihm im Hinblick auf die *Erzählkunst* beigemessen werden kann.

Es ist bezeichnend, dass ein ehemaliger 68er wie der Historiker Peter Kuckuk schon vor Jahren einmal die Irritation, die von dieser Frage ausgeht, artikuliert und damit auch das Feld der damit einhergehenden Möglichkeiten thematisiert und ausgelotet hat. Es war eine ganze Kette von Fragen, die er dabei aufwarf: »Wie soll ich nun vorgehen? Chronologisch? Systematisch? Oder kombiniert chronologisch-systematisch? Mit welchem Handwerkszeug? Als Historiker, wie gehabt? Als sich selbst überschätzender geschwätziger Memoiren-Schreiber, der sich selbst ständig auf die Schulter klopft? Als Vorbild, als Missverstandener, als resignierender Weiser, als Zyniker? Als *winner*? Als *loser*? ... Was habe ich über 1968 zu sagen, wovon ist zu berichten? Erinnerungen, Erfahrungen, gar Lehren aus 68?« Es ist naheliegend, dass die meisten dieser Varianten von ihm nur deshalb erwähnt worden sind, um sie zugleich wieder verwerfen zu können. Sie werden benannt, um deutlich zu machen, was alles als unvertretbar erscheint und deshalb gerade nicht zu erwarten ist. Damit wird gleichzeitig der Kreis möglicher Variationen so weit eingeschränkt, dass sich eine bestimmte Formung der Erzählerrolle herauschält.

Grundsätzlich existiert ja ein ganzes Spektrum möglicher Rollen, aus dem heraus eine Wahl getroffen werden kann. Sie reichen vom Autobiographen, Biographen, Ex-Aktivisten, Noch-immer-Aktivisten, Teilnehmer, Zeitzeugen, Chronisten,

Historiker, Journalisten, Literaten, Politologen, Soziologen und Psychologen bis zum Ethnologen. Auch wenn damit immer noch nicht alle möglichen Varianten und Rollenkombinationen erwähnt sind, so ist doch klar, dass es bei jeder einzelnen Konfiguration um das jeweils unterschiedliche Mischungsverhältnis von Subjektivität und Objektivität, von eigener Erfahrung und aus anderen Quellen aufgenommenen Wissen, geht.

Im Grunde genommen gibt es zwei Extrempositionen, die die Grenzen markieren, zwischen denen sich die unterschiedlichen Erzähltypen herausbilden. Die eine besteht darin, zu behaupten, nur wer »1968« miterlebt habe, der könne auch angemessen über die 68er-Geschichte schreiben. Mit dieser Haltung wird unterstellt, dass es in der damaligen Bewegung Implikationen gegeben habe, die von Außenstehenden entweder nicht gewusst oder nicht erkannt werden können. Um dieses Wissen oder diese Erfahrungen zum Ausdruck bringen zu können, wird stillschweigend argumentiert, bedürfe es einer unmittelbaren Zeugenschaft, einer Qualität, Zeugnis zu liefern, die nur von einem oder einer unmittelbar Beteiligten aufzubringen sei.

Die andere Position lautet, nur wer über keinerlei persönliche Beziehungen zur 68er-Bewegung verfüge, habe auch den genügenden Abstand, um über deren Geschichte schreiben zu können. Mit anderen Worten, nur ein ausreichendes Maß an Distanz garantiere auch eine Erkenntnisqualität, die Objektivierungskriterien standzuhalten in der Lage sei. Damit wird unterstellt, dass eine eigene Beteiligung an den damaligen Mobilisierungs- und Aktionsformen das Erkennen der Logik von Handlungsabläufen, Rollenmustern, Kontexten usw. maßgeblich erschwere oder gar regelrecht für das Durchschauen

von Zusammenhängen blind mache. Nun sollte die Ausschließlichkeit, mit der die beiden Extrempositionen vertreten werden, nicht dazu führen, sich eine voreilige Wahl aufzwingen zu lassen.

Damit bin ich auch bei meiner eigenen Rolle angelangt. Wenn es nicht so pathetisch klingen würde, dann müsste ich darüber klagen, dass sich »Zwei Seelen, ach, in meiner Brust« befänden. Denn wenn ich über ein Jahr schreibe, das in gewisser Weise kanonisch geworden ist, dann befinde ich mich in einer Doppelrolle: in der des *Zeitzeugen* ebenso wie in der des *Historikers*. Und diese beiden Rollen stehen in einem andauernden Spannungsverhältnis zueinander, manche behaupten sogar, dass der Erstere der Feind des Letzteren sei. Wie auch immer man das bewerten mag – um ihren wechselseitigen Fallstricken aus dem Weg zu gehen, hilft eigentlich nur eins, beides sichtbar zu machen und die Bezüge möglichst transparent zu gestalten. Die *Erinnerungen* und die *Erfahrungen* des einen sollten jedenfalls nicht einfach gegen die *Einsichten* und *Erkenntnisse* des anderen ausgespielt werden.

Um mit den *Erinnerungen* und *Erfahrungen* zu beginnen: Ich war neunzehn, als ich unter der Androhung, von der Schule verwiesen zu werden, zum ersten Mal an einer Demonstration teilnahm. Das war an einem Samstag des im Nachhinein so glorifizierten Mai 1968. Es ging damals um den sogenannten »Sternmarsch auf Bonn«, mit dem noch in letzter Minute die Verabschiedung der Notstandsgesetze verhindert werden sollte. Zumindest der Rhetorik nach erinnerte das ein wenig an Mussolinis berühmten »Marsch auf Rom«, fast so, als hätte es darum gehen sollen, die Macht im Staat zu übernehmen, wie das dem »Duce« 1922 ja auch tatsächlich handstreichartig gelungen war. Doch an derartig kritische Assoziationen kann ich



Die größte Kundgebung der 68er-Bewegung findet mit 60 000 Teilnehmern am 11. Mai 1968 im Bonner Hofgarten statt. Die bundesweit angereisten Demonstranten versuchen vergeblich, die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern.

mich nicht erinnern. Ich war einfach nur froh, endlich mal mit dabei sein zu können.

In jenen Tagen, während im Pariser Quartier Latin französische Studenten Barrikaden errichteten und die bundesdeutschen Universitätsstädte vor Aktivitäten nur so vibrierten, um der jungen Republik eine veränderte Verfassung, die Notstandsverfassung, zu ersparen, machte ich Abitur – an der König-Heinrich-Schule, einem ziemlich konservativen Gymnasium im nordhessischen Fritzlar. Das Thema meines Deutschaufsatzes lautete: »Die Studentenunruhen in der Sicht eines Primaners – Diskutieren Sie das Recht auf Widerstand in

einer parlamentarischen Demokratie!« Angesichts der Tatsache, dass in der hessischen Landesverfassung ein solches Recht explizit verankert war und es damals zwar nicht nur, aber auch um die Frage ging, in welcher Form »Widerstand« gegen eine per Notstandsgesetzgebung möglich werdende Entmachtung des Parlaments geleistet werden könne, erschien mir das Thema erstaunlich gut gewählt zu sein.

Doch wer hätte gedacht, dass ich mich mit dem auf diese Weise angeschnittenen Thema insgesamt auch noch Jahrzehnte danach beschäftigen und das in gewisser Weise zu meinem Beruf machen würde – ich vermutlich am allerwenigsten. Und kaum weniger hätte ich mir vorstellen können, dass jenes Jahr, dessen letzte Monate ich dann selbst noch als Philosophiestudent an der Frankfurter Universität erleben konnte, einmal für eine Protestbewegung, eine Jugendgeneration, ja fast eine Ära hätte stehen können. Und dass ich wie nicht wenige andere auch all dies immer wieder aufs Neue erforschen und unter die Lupe nehmen würde.

Ich weiß noch zu genau, was mich bewegte, als ich die Gymnasialzeit endlich hinter mir hatte – ich wollte mich nicht länger mehr als Zaungast auf die Verfolgung des turbulenten Geschehens in den Medien beschränken. An der Frankfurter Universität glaubte ich nun endlich selbst in den Bewegungsstrudel eintauchen zu können, mit meinen eigenen Wahrnehmungen und Gefühlen, den abstrakten wie den sinnlichen, meinen vermeintlichen Geistesblitzen ebenso wie mit meinen Körpererfahrungen, zu denen bekanntlich auch die eher schmerzhaften zählen. Als bekennendem Anhänger Martin Heideggers, dem *Sein und Zeit* als die späte Krönung der Metaphysik erschien, war ich zwar am Seminar seines schärfsten Kritikers gelandet, jenem magisch-genialischen Philosophen

Theodor W. Adorno, dessen Buch über den *Jargon der Eigentlichkeit* mich auch nicht von meiner Erwartung hatte abbringen können, nun das »Sein des Seienden« selbst erleben zu wollen. Ich hielt Heideggers Fundamentalontologie eher für eine Anleitung, die eigene Zeit in einem sensorischen Sinne möglichst intensiv und in einem reflexiven Sinne zugleich auch möglichst bewusst erfahren zu können. Das bedeutete, was in den Monaten darauf geschah, nur eines *nicht* zu tun, einfach abseits zu stehen. Ich wollte möglichst immer in der ersten Reihe mit dabei sein – bei den Demonstrationen, von denen es pro Woche mindestens drei gab, bei den Teach-Ins, bei all den ausufernden Debatten, bei mancher Vorlesungsstörung sowie bei der einen oder anderen Institutsbesetzung. Man war schließlich nur einmal jung und wollte schließlich von alledem, was man bis dahin nur vom Hörensagen kannte, nun einfach nichts mehr verpassen.

Hätte mich jemand nach meiner politischen Einstellung gefragt, was allerdings ohnehin kaum einer tat, weil man offenbar glaubte, gleichermaßen ein sozialistisches Gesellschaftsmodell anzustreben, hätte ich geantwortet, dass ich mich am ehesten als ein in jeder Hinsicht *undogmatischer Linker* begreifen würde. Weder der totalitär gewordene Kommunismus, mit dem ich mich als Schüler intensiver als mit jeder anderen politischen Ideologie beschäftigt hatte, noch die in den Illusionen des Wirtschaftswunders aufgegangene Sozialdemokratie schienen mir besonders erstrebenswert zu sein. Auf der einen Seite verkörperten mir sowohl die DDR als auch die Sowjetunion geradezu Horrorvorstellungen von einer politischen Utopie. Auf der anderen Seite schreckte mich an der SPD, der ich objektiv ja die Bildungsreform zu verdanken hatte, ab, dass sie in der nordhessischen Provinz, der ich gerade entflohen

war, nur deshalb auf eine Zweidrittelmehrheit hatte bauen können, weil dort die meisten Ex-Nazis nicht in Adenauers CDU, sondern in Schumachers SPD gegangen waren.

In meiner beiderseitigen Ablehnung von Kommunismus und Sozialdemokratie entsprach ich, ohne es zu dieser Zeit auch zu wissen, exakt der politischen Geometrie der damaligen *Neuen Linken*. Insofern war ich als Erstsemester ein geradezu idealer Kandidat für den 1961 aus der SPD geflogenen SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUND (SDS), in dem ein Jahr zuvor, im September 1967, die von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl gemeinsam angeführte anti-autoritäre Fraktion die Mehrheit errungen hatte. Der Anti-autoritarismus der in Frankfurt gelehrten Kritischen Theorie und die utopische Idee der Herrschaftsfreiheit schienen mir jedenfalls eine ganz naheliegende Allianz zwischen Philosophie und Politik einzugehen. – So weit zu meiner Einstellung in jenem Moment, in dem ich glaubte, von nun an selbst Teil einer Protestbewegung werden zu können, die anfangs von West-Berlin aus die Bundesrepublik durchgeschüttelt hatte und nun dabei war, sich auf allen Kontinenten mehr oder weniger auszubreiten.

Begleiten Sie mich also auf einer kleinen Reise durchs Reich der *Erinnerungen* wie das der *Erfahrungen*, das der *Einsichten* wie das der *Erkenntnisse*. Dabei sollte eines gewiss sein: Die ersten beiden kommen einem eher zugeflogen, die letzten beiden stellen sich dagegen kaum ein, ohne zuvor die altbekannten »Mühen der Ebene« auf sich genommen zu haben.



## Was seitdem alles geschehen ist: ein halbes Jahrhundert im Zeitraffer

Geschichte schreiben, gab der jüdische Philosoph Walter Benjamin einmal zu bedenken, heiße »Jahreszahlen ihre Physiognomie« zu geben. Doch welche Gesichtszüge mit dem zur Chiffre gewordenen Jahr 1968, das es ikonographisch betrachtet mittlerweile mit Albert Einsteins herausgestreckter Zunge, dem quasi-religiösen Che-Guevara-Poster und dem schrillen Pop-Logo der ROLLING STONES durchaus aufnehmen kann, in Verbindung gebracht werden sollten, ist immer noch nicht ganz geklärt. Sind es glatte oder vernarbte, sind es vielleicht sogar Grimassen oder eher bedeutungsvolle Charakterzüge, die selbst den unvermeidlichen Falten einen anderen Stellenwert vermitteln? Und kann man sich im Nachhinein überhaupt noch im Spiegel ins Gesicht blicken oder würde man sich den Anblick doch lieber ersparen wollen?

Über dieses Jahr, das bekanntlich mehr als ein mehr oder weniger nichtssagendes Kapitel aus einem ewig wählenden Kalender geblieben ist, lässt sich nicht so schreiben, als könne all das, was damals geschah, noch einmal *unvermittelt* in Erinnerung gerufen werden. Seitdem ist schließlich ein halbes Jahrhundert vergangen und derartig Gravierendes passiert,

wovon in der Rückerinnerung nicht einfach abstrahiert werden kann. Da vieles davon auch die Wahrnehmung des Erinnerten beeinflusst hat und noch immer beeinflusst, muss als Erstes gefragt werden: Was ist nicht alles seit jenem Jahr geschehen? Will man zumindest in einer Art Zeitraffer einige der bedeutsamsten Posten im kollektiven Gedächtnis aufrufen, dann erhält man immerhin einen Kranz an Assoziationen, die auch das besagte Jahr in einem erheblich veränderten Licht erscheinen lassen:

- ◆ Im Herbst 1969 war eine längst überfällig gewordene reformorientierte Bundesregierung, die sozialliberale Koalition mit Willy Brandt als ihrem Kanzler, an die Macht gekommen;
- ◆ im Mai 1970 gingen einige aus der Studentenbewegung bekannte Namen in den Untergrund und gründeten mit der ROTEN ARMEE FRAKTION (RAF) eine terroristische Gruppe, die über Jahre hinweg Angst und Schrecken verbreiten sollte;
- ◆ im März 1972 drang mit den vom CLUB OF ROME verkündeten »Grenzen des Wachstums« die Limitierung aller Ökonomie durch die Begrenztheit von Rohstoffen, Nahrungsmittelressourcen und Umweltbedingungen ins allgemeine Bewusstsein;
- ◆ im Oktober 1973 führte eine drastische Erhöhung des Erdölpreises zu einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen, die für alle Industrienationen zum Problem wurde;
- ◆ im April 1975 ging der Vietnamkrieg zu Ende, der seit 1965 weltweit viele Protestierende gegen die Vereinigten Staaten auf die Beine gebracht hatte;
- ◆ im Januar 1979 kam im Iran nach einem blutigen Aufstand gegen das Schah-Regime mit dem Ajatollah Khomeini nicht nur der Anführer eines Gottesstaates an die Macht, seitdem

wird die Welt von einem religiösen Fundamentalismus, dem des Islam, erschüttert;

- ◆ im April 1986 explodierte in der Ukraine, einem Teil der damaligen Sowjetunion, ein Atomkraftwerk und verstrahlte nicht nur die nähere Umgebung, sondern erhebliche Teile Europas radioaktiv;
- ◆ am 9. November 1989 kam es völlig überraschend zum Berliner Mauerfall, der wiederum eine historische Wende ungeahnten Ausmaßes herbeiführte: das SED-Regime kollabierte, der Staat DDR fiel in sich zusammen und Bundeskanzler Helmut Kohl nutzte ein nur vorübergehendes Zeitfenster für die deutsche Einigung mit der Berliner Republik als Resultat;
- ◆ zur selben Zeit brachen in Osteuropa auch die meisten anderen staatssozialistischen Regime in sich zusammen und machten den Weg für demokratisch gewählte Regierungen frei, in Jugoslawien allerdings führte dieser Prozess 1991 zunächst zum Zerfall des Mehrvölkerstaates und einem über Jahre hinweg anhaltenden Krieg mit über 100 000 Todesopfern;
- ◆ als dann 1991 auch noch die Sowjetunion auseinanderfiel und die Republiken außerhalb des zentralen Machtbereichs Russland in ihre staatliche Unabhängigkeit entließ, waren mit dem Sowjetkommunismus auch der Ost-West-Konflikt und der Kalte Krieg unwiderruflich zu Ende.

Das hatte weitreichende gesellschaftliche und geopolitische Folgen, auch für all jene Strömungen, die sich in irgendeiner Weise noch als links und in der Tradition der 68er-Bewegung verstanden. Selbst wenn sie sich kritisch oder gar ablehnend gegenüber dem Totalitarismus östlicher Prägung verhalten hatten, so wurden sie in Reaktion auf das endgültige Scheitern

des aus der Oktoberrevolution von 1917 hervorgegangenen Sowjetsystems und all seiner Satellitenstaaten auch in ihrer eigenen Legitimität in Frage gestellt. Seitdem jedenfalls stehen all jene Organisationen und Bewegungsformationen, die sich auf den Marxismus, den Sozialismus oder nur ganz allgemein auf ein utopisches Projekt der Gesellschaftsveränderung berufen, unter dem generellen Verdacht, ihre Bestrebungen liefen – ob gewollt oder ungewollt – letztlich auf die Etablierung eines undemokratischen Herrschaftssystems hinaus.

Doch mit dem Ende der poststalinistischen Regime war keineswegs *Das Ende der Geschichte* erreicht, wie ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler zunächst meinte frohlocken zu können. In Wirklichkeit folgte ein stufenweiser Abstieg der einzig noch verbliebenen Supermacht USA. Nach einem ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak, der fast die gesamten achtziger Jahre angedauert hatte, folgte 1991 ein zweiter, in dem eine von den USA angeführte Militärkoalition den irakischen Machthaber Saddam Hussein in die Schranken wies, bevor 2003 eine neue von US-Präsident George W. Bush angeführte Militärkoalition in den Irak einmarschierte, binnen kurzer Zeit das Regime besiegte und ein fatales Machtvakuum hinterließ. Seitdem ist der Nahe Osten endgültig zum Pulverfass geworden, mit einem ruinierten irakischen Staatswesen, einem Terrorregime namens »Islamischer Staat«, einem menschenverachtenden Bürgerkrieg in Syrien und Millionen von Flüchtlingen, die nicht wissen, wohin sie sich retten können.

Mit den koordinierten Angriffen arabischer Kommando-  
gruppen am 11. September 2001 auf die Twin Towers in New York, das Pentagon in Washington und einer in Pennsylvania abgestürzten Zivilmaschine ist aber ein von Selbstmordattentätern durchgeführter terroristischer Krieg hinzugekommen.

Seitdem erscheinen die USA nun auch in ihrem Inneren verwundbar. Alle Versuche, den terroristischen Gruppen und Netzwerken in Afghanistan, Pakistan und anderswo das Wasser abzugraben, haben zu keiner wirksamen Eindämmung der Gefahrenherde geführt. Im Gegenteil, die Kampfzone des islamischen Terrorismus ist auf alle Erdteile ausgeweitet worden und hat auch verschiedene europäische Staaten wie Großbritannien, Spanien, Frankreich und Belgien in Mitleidenschaft gezogen und zuletzt auch vor der Bundesrepublik nicht Halt gemacht. Mit der allgegenwärtigen Bedrohung eines religiös begründeten Terrorismus hat sich auch die Lage der freien Welt, die infolge des zu Ende gegangenen Kalten Krieges die Gefahren eines Atomkrieges zu bannen geglaubt hatte, weiter verfinstert.

In den letzten Jahrzehnten hat es aber neben der Neuformierung des politischen Koordinatensystems mit all seinen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Implikationen auch auf anderen Gebieten massive, die Gesellschaft als Ganzes betreffende Veränderungen gegeben. Hervorzuheben sind in dieser Hinsicht vor allem ökonomische und finanzpolitische, technologische und mediale, soziale und weltanschauliche Wandlungen:

- ◆ die weltweite Durchsetzung einer neoliberalen Ökonomie unter der Ägide der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und von US-Präsident Ronald Reagan, die mit der Freisetzung eines Marktradikalismus einherging, der eine Welle von Privatisierungen und Deregulierungen einstiger Staatsbetriebe auslöste und Handlungsimperative nach sich zog, denen sich kaum eine Regierung ungestraft entziehen konnte;
- ◆ die in ein Zeitalter der Globalisierung insgesamt mündende

Transnationalisierung von Produktionszweigen, Dienstleistungen und Warenströmen;

- ◆ die Machtausweitung von Banken und Börsen zu immer gewichtigeren, selbst mittlere Staaten in ihrer Macht weit aus in den Schatten stellenden Playern, die sich keiner demokratischen Kontrolle unterwerfen müssen und in ihren Expansionsbestrebungen die Weltwirtschaft seither stärker als je zuvor den Risiken von systemischen Finanzkrisen und -zusammenbrüchen aussetzen;
- ◆ die in Folge des ökonomischen Strukturwandels immer weiter anwachsende soziale Ungerechtigkeit, die zu bizarr anmutenden Eigentumsunterschieden geführt haben und die durch Reformen und Umbaumaßnahmen des Sozialstaates noch zusätzlich verschärft wurden;
- ◆ die maßgeblichen Veränderungen der Europäischen Union durch die Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen durch das Schengener Abkommen, die Einführung der Währungsunion und die Osterweiterung auf insgesamt 28 EU-Mitgliedsstaaten;
- ◆ eine sich rasant durchsetzende Digitalisierung, die mit der Verbreitung des PCs, des Internets, neuer Medien wie den e-mails und der Gründung von weltumspannenden *social media* insbesondere die Kommunikationsformen geradezu revolutioniert hat;
- ◆ die Ablösung eines sozialkritisch, zuweilen neomarxistisch geprägten, sich in der Tradition der europäischen Aufklärung begreifenden Denkens durch Theorien der Postmoderne, die ein von Zügen der Pluralisierung, der Virtualität und der Beliebigkeit bestimmtes Zeitalter einer entmoralisierten und verantwortungsarmen Individualisierung heraufbeschworen haben.

- ◆ das Vordringen isolationistischer und nationalistischer Bestrebungen nicht nur im Ostteil der Europäischen Union, sondern durch den »Brexit« und die Wahl eines populistischen US-Präsidenten wie Donald Trump auch in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Nun hat die Bundesrepublik in zentralen internationalen Fragen zwei ihrer wichtigsten westlichen Bündnispartner erst einmal auf unabsehbare Zeit verloren.

Damit sind die meisten kontextuellen wie strukturellen Voraussetzungen jenes Gesellschaftstypus, der von der aufbegehrenden jungen Generation damals als wandlungsunfähige Form bürgerlicher, spätkapitalistischer oder gar neoimperialistischer Herrschaft in ihrer Kritikwürdigkeit vorausgesetzt worden waren, grundlegend überholt. Schon aus diesem elementaren Grund verbietet sich die Annahme, dass damals gegebene Antworten auf Fragen, die inzwischen entweder in dieser Form nicht mehr gestellt werden können oder ganz hin-fällig geworden sind, heute einfach reaktiviert und als Lösungsangebote offeriert werden können. Würde jedenfalls heute ein ehemaliger 68er in der Öffentlichkeit damit aufwarten wollen, die Fabrikarbeiter zu einem Generalstreik aufrufen, den Springer-Verlag enteignen oder die repräsentative Demokratie durch ein Räte-system ersetzen zu wollen, wäre vermutlich entweder betretenes Schweigen oder aber schallendes Gelächter das Resultat.



## Eine Protestbewegung wie keine andere

Aber genau das Unzeitgemäße, ja die Überholtheit, wenn nicht gar die in vielen damals artikulierten politischen Positionen zutage getretenen Fehlgriffe verschärfen die Frage, was heute an der 68er-Bewegung überhaupt noch von Interesse sein kann. Wenn im Nachhinein in politischer Hinsicht so wenig von einer Bewegung zu holen ist, die sich auf eine solch eminente Weise als politisch verstanden hat wie die der 68er, woher rührt dann das nach wie vor ungebrochene Interesse an ihr, ja, was macht überhaupt den möglicherweise zu erwartenden Erkenntniswert aus, sich mit ihr ein weiteres Mal zu beschäftigen? Wenn man sich schon genauer mit dem Verhältnis von Protest und Politik befassen möchte – wäre es dann nicht viel produktiver, sich mit einer der nachfolgenden Protestbewegungen zu beschäftigen, die quantitativ meistens größer und manchmal auch erfolgreicher gewesen sind? Man denke nur etwa an

- ◆ die Bürgerinitiativen, die seit Beginn der siebziger Jahre zu Abertausenden aus dem Boden sprossen und mit ihren zumeist lokalen Anliegen dafür sorgten, dass der Protest zu einer Handlungsform der Normalbürger hat werden können;

- ◆ die Frauenbewegung, die zur selben Zeit mit ihrer Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen 218 viel Zustimmung gefunden und dann die Ungleichheit der Geschlechter bekämpft und so Parteien und Institutionen Schritt für Schritt umgekrempelt hat;
- ◆ die Ökologiebewegung, die die Politik mit der Einsicht konfrontiert hat, dass ein grundlegendes gesellschaftliches Umdenken für einen angemessenen Umweltschutz notwendig geworden sei;
- ◆ die Anti-AKW-Bewegung, die auf der Unbeherrschbarkeit der atomaren Energienutzung insistierte und deshalb jeden Bau neuer Kernkraftwerke zu verhindern suchte;
- ◆ die zu Beginn der achtziger Jahre entstandene Jugendbewegung, die Häuser besetzte, einen neuen Lebensstil praktizierte, deren Parole aber »No Future« lautete, weil sie keine Perspektiven mehr für sich erkennen konnte;
- ◆ die Friedensbewegung gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss, mit dem mitten in Deutschland neue Mittelstreckenraketen stationiert werden sollten, die die Ängste von Millionen artikulierte und mit ihrer massenhaften Beteiligung alles in den Schatten zu stellen vermochte, was es zuvor oder danach an Protesten gab oder geben sollte;
- ◆ die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, die zwar ohne die Perestroika-Politik des sowjetischen Parteiführers Michail Gorbatschow den SED-Staat nicht hätte stürzen können, die aber den Systemwechsel von einer sozialistischen Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie aktiv einleitete;
- ◆ die Anti-Globalisierungsbewegung, die seit den neunziger Jahren die sozialen Folgen und Ungerechtigkeiten der turbokapitalistischen Weltwirtschaft anprangert und sich in

der Gestalt des Welt-Sozialforums eine Plattform für Kritik und Gegenstrategien geschaffen hat; und schließlich

- ◆ die Occupy-Bewegung, die sich seit dem Oktober 2011 von der Wallstreet in New York ausgehend über Monate hinweg durch die Besetzung öffentlicher Plätze für eine stärkere Kontrolle der Banken, Börsen und der Finanzpolitik insgesamt eingesetzt hat, um in Zukunft Krisen wie den von der Insolvenz der Lehman Brothers 2008 ausgelösten Bankencrash zu verhindern.

Die Liste der Protestbewegungen, die im Anschluss an die der 68er gefolgt sind, ist zweifelsohne beeindruckend in ihrer Vielgestaltigkeit wie ihrer Ausbreitung und auch Intensität. Kaum eine von ihnen aber dürfte radikaler gewesen sein als die in dem besagten Jahr, einige von ihnen jedoch waren in einem politischen Sinne erfolgreicher. Warum aber, so ist zu fragen, hat keine von all den anderen einen auch nur annähernd großen Echoeffekt erreicht? Nur die unter dem Rubrum »1968« hat schließlich Maßstäbe gesetzt und ist letztlich zum immer wieder aufgerufenen Referenzpunkt aller ihr folgenden Protestbewegungen geworden.

Und warum, so ist weiter zu fragen, wird die einstige 68er-Bewegung von den Rechtspopulisten, jenen neuen Feinden der Demokratie, die gerade dabei sind, ein Parlament nach dem anderen zu erobern, noch ein halbes Jahrhundert später als der Ursprung eines ihnen so sehr verhassten multikulturellen, ausländerfreundlichen, anti-nationalistischen, nicht-autoritätshörigen, durch und durch liberalen, kurzum eines modernisierten Deutschland angesehen?

Die in den neuen Bundesländern, also auf dem Gebiet der einstigen DDR, so besonders stark gewordene ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) greift sich in programmatischer

Hinsicht als eine regelrechte *Anti-68er-Partei*. Als ihre führenden Vertreter im März 2016 nach ihren spektakulären Wahlerfolgen in drei Bundesländern auf einer Pressekonferenz in Berlin den Journalisten zu erklären versuchten, in welche Richtung sie weiter vorzupreschen gedächten, schien es auf einmal um das große Ganze zu gehen. Der bayerische AfD-Landesvorsitzende etwa erklärte dort vollmundig: »Gestern ist ein Paradigmenwechsel eingetreten, es ist das Ende der Herrschaft der Altachtundsechziger.« Wovon er sprach, war in seinen Augen nichts anderes als ein Generationenprojekt. Nun käme es darauf an, »die Linken« auf der ganzen Linie zurückzudrängen und »Bürgerlichkeit und Liberalität« wieder zum Zuge kommen zu lassen.

Diese Position war keineswegs isoliert, sondern wurde auch von anderen Vertretern an der Parteispitze geteilt. So hatte beispielsweise der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende wiederholt formuliert, dass es endlich an der Zeit sei, »die Überwindung der linksideologischen Indoktrination unserer Gesellschaft in Angriff zu nehmen.« In der »Erfurter Resolution«, an der auch der rechtsextreme Björn Höcke maßgeblich mitgewirkt hatte, hieß es im selben Tenor: »Zahllose unserer Mitglieder verstehen die AfD als Bewegung des Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte.« Und sein Parteifreund, der Fraktionsvorsitzende der mit 25 Prozent im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen AfD-Abgeordneten, André Poggenburg, stieß mit einer ganz ähnlichen, allerdings besonders zugespitzten Parole in dasselbe Horn: »Wir müssen die Altachtundsechziger rückabwickeln, bis wir wieder einen Normalzustand erreicht haben.« Selbst der eigentlich als eher moderat und eloquent geltende Jörg Meuthen, seines Zeichens einer von zwei Bundessprechern der AfD sowie